Motion Monika Mathers-Schregenberger und Astrid Estermann betreffend Abbau der Gebührenlast für Familien

Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. Februar 2006

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 23. Januar 2006 haben Gemeinderätin Monika Mathers-Schregenberger und Gemeinderätin Astrid Estermann folgende Motion eingereicht:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gebühren (siehe untenstehende Liste) für Schulkinder während der nächsten 5 Jahren weder zu erhöhen noch einzuführen. Gebührenerhöhungen seit 1.1.2005 sind rückgängig zu machen. Kindern mit einem langen Schulweg soll etwas an Buspass oder an Veloreparaturen beigetragen werden. Sollten nach der genannten Frist Anpassungen einzelner Gebühren für Schulkinder oder Familien geplant werden, müssen sie dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Mindereinnahmen sollen ab 2007 mit einer marginalen Steuerfusserhöhung kompensiert werden.

Liste der betroffenen Gebühren:

- Elternbeitrag Freizeitlager
- Elternbeitrag heilpädagogische Schule
- Elternbeitrag Schullager
- Elternbeiträge Tagesschule
- freiwilliger Schulsport
- Hausaufgabenstunden
- Mittagstisch
- Musikschule
- Schultheater"

Die Begründung des Vorstosses ist aus dem vollständigen Motionstext im Anhang ersichtlich.

An seiner Sitzung vom 31. Januar 2006 hat der Grosse Gemeinderat die Motion dem Stadtrat zum schriftlichen Bericht und Antrag überwiesen.

Wir erstatten Ihnen folgenden Bericht:

1. Ausgangslage

Die Thematik der Gebühren wird zurzeit in der Geschäftsprüfungskommission intensiv besprochen. Mit der Vorlage Nr. 1855 haben wir Ihnen die geforderte Übersicht über sämtliche Gebühren der Stadt Zug unterbreitet und bezüglich möglicher Anpassung das Vorgehen vorgeschlagen. Die Geschäftsprüfungskommission hat zu dieser Vorlage zusätzliche Unterlagen verlangt und will über mögliche Grundsätze bei der Festlegung von Gebühren befinden. Es ist vorgesehen, die Grundsätze dem Grossen Gemeinderat zum Beschluss zu unterbreiten. Wir haben gegenüber der Kommission zugesichert, dass vorläufig weder Gebühren angepasst noch neue für bestehende Dienstleistungen eingeführt werden.

Die Beiträge an die Schülerinnen und Schüler an die Kosten des Buspasses wurden für das Jahr 2006 nicht mehr budgetiert. Da diese Beitragsleistung, die übrigens nicht den Charakter einer Gebühr hat, vom Grossen Gemeinderat mit einem separaten Beschluss eingeführt wurde, ist für die Aufhebung wiederum der Grosse Gemeinderat zuständig. Wir werden Ihnen dazu einen separaten Bericht und Antrag unterbreiten.

2. Forderung der Motionärinnen

Die Motionärinnen fordern, dass neun Gebühren im Bereich des Bildungsdepartements in den nächsten fünf Jahren weder erhöht noch angepasst werden dürfen. Nach der Frist von fünf Jahren dürfen Anpassungen einzelner Gebühren für Schulkinder oder Familien nur noch vom Grossen Gemeinderat beschlossen werden.

Kindern mit einem langen Schulweg sollen einen Beitrag an den Buspass oder an die Kosten von Veloreparaturen erhalten.

Weiter sollen die Mindereinnahmen mit einer marginalen Steuerfusserhöhung kompensiert werden.

3. Stand der Gebühren

In der folgenden Tabelle informieren wir über den Stand der betroffenen Gebühren.

Leistung	IST - Zustand Beiträge	seit:
Freizeitlager Gottschalkenberg	CHF 200.-- für zwei Wochen	01.04.2001 ¹
Freizeitlager, übrige	nach Aufwand abzügl. städtischer Teilnehmerbeitrag von CHF 25.--/Tag	01.08.1998
Heilpädagogische Schule	Verpflegung CHF 5.15/Tag ²	01.02.2000

¹ Anpassung steht im Zusammenhang mit Änderung des Betriebskonzeptes (Pacht); Basis Verpflegungskosten

² gemäss Regierungsratsbeschluss zur Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Sonderschulen vom 23. Juni 1998 (SRS 412.117)

Schullager Gottschalkenberg ¹	CHF 70.-- pro Unterrichtswoche	01.04.2001
Schullager, übrige	Verpflegungskosten gem. § 10 lit. a der Vollziehungsverordnung zum SchulG des Regierungsrates	07.07.1992
Tagesschule	Sozialtarif 10.-- bis 45.-- pro Tag,-zuzügl. MWST, pauschal 180 Anrechnungstage pro Schuljahr	29.03.1994
Schulsport (freiwillig)	bisher unentgeltlich	
Hausaufgabenstunden	CHF 200.--/Jahr	01.08.2001
Mittagstisch	CHF 7.50 /Tag	31.01.2001
Musikschule	Grundschule unentgeltlich / Tarif mit Ermässigung nach Einkommen	01.08.2005
Schultheater	bisher unentgeltlich	

Für die Tagesschule und die Musikschule bestehen Reglemente, die vom Grossen Gemeinderat genehmigt worden sind und die dem fakultativen Referendum unterliegen.

Für die übrigen Tarife liegt die Kompetenz für die Einführung und Anpassung grundsätzlich bei der Exekutive. Als Ausnahme wurde der Beitrag für den Mittagstisch vom Grossen Gemeinderat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2001 festgelegt. Die CHF 7.50 pro Mittag decken nicht einmal die Verpflegungskosten. Das Gleiche gilt für die Verpflegung der Kinder durch die Heilpädagogische Schule. Die Tarife für Lager sind günstig; für Schulsport und Schultheater mussten bisher keine Gebühren entrichtet werden.

4. Fazit

Die Forderung der Motionärinnen kommt einem fünfjährigen Moratorium gleich. Bei der Tagesschule und bei der Musikschule ist dieses nur durch Reglementsänderungen durchführbar. Weiter werden die laufenden Überprüfungen wenn nicht unterbrochen so doch stark beeinträchtigt. Ein Moratorium würde zudem die entgeltliche Einführung neuer Dienstleistungen (z. B. fakultative Nachmittagsbetreuung) in Frage stellen. Das Ziel, die Erarbeitung und Realisierung von Grundsätzen, kann nicht erreicht werden. Die Grundsätze sollen zu transparenten und fairen Gebühren führen. Dabei sollen die sozial schwächeren Familien von Reduktionen profitieren. Die Forderung bringt auch Verwirrung in die Kompetenzregelung und damit in die Verantwortung. Mit dem Moratorium beschneidet der Grosse Gemeinderat seine eigenen Kompetenzen. Es dient der Sache wenig, wenn der eingeleitete Prozess zur Überprüfung der Gebühren einseitig für einzelne Gebühren des Bildungsdepartements blockiert wird.

¹ Anpassung steht im Zusammenhang mit Änderung des Betriebskonzeptes (Pacht); Basis Verpflegungskosten

Eine marginale Steuerfusserhöhung ist nicht möglich, da ein Prozentpunkt ca. CHF 1'850'000.-- Steuerertrag ergibt. Dieser Betrag ist weit höher als die Mindereinnahmen aus den eingefrorenen Gebühren.

5. Antrag

Wir beantragen Ihnen aus den oben erwähnten Gründen,

- auf die Vorlage einzutreten und
- die Motion Monika Mathers-Schregenberger und Astrid Estermann betreffend Abbau der Gebührenlast für Familien vom 22. Januar 2006 nicht erheblich zu erklären und als erledigt von der Geschäftsliste abzuschreiben.

Zug, 21. Februar 2006

Christoph Luchsinger, Stadtpräsident

Arthur Cantieni, Stadtschreiber

Beilage:

- Motion Monika Mathers-Schregenberger und Astrid Estermann vom 22. Januar 2006 betreffend Abbau der Gebührenlast für Familien

Die Vorlage wurde vom Finanzdepartement verfasst.

Für Auskünfte steht Ihnen Josef Pfulg unter Tel. 041 728 21 06 zur Verfügung.